

## Miszelle

SALLY MARKS

### FÄHRNISSE DER GIPFELDIPLOMATIE DIE ENTSCHEIDUNG ZUR RÄUMUNG DÜSSELDORFS, DUISBURGS UND RUHRORTS IM JAHRE 1924

Reichskanzler Hans Luthers Bericht über sein berühmtes Treffen mit Aristide Briand, das am 7. Oktober 1925 während der Konferenz von Locarno in Ascona stattfand, enthält folgende Passage:

„Wegen der Räumung von Düsseldorf und Duisburg erklärte Briand, daß er geräumt habe, obwohl Herriot auf seine Anfrage, ob eine Verpflichtung zur Räumung bestehe, nicht mit einem Ja geantwortet habe. Ich habe darauf geantwortet, daß das ein Mißverständnis sei, das ich überhaupt nicht verstehen könne.“<sup>1</sup>

In der Laube des Albergos Elvezia sitzend, mit der Hauskatze auf dem Schoß<sup>2</sup> und während einer Unterredung, die der weiteren Förderung der deutsch-französischen Verständigung dienen sollte, konnte Luther dem Unglauben, den er begreiflicherweise empfand, keinen rechten Ausdruck geben. Doch sagte Briand nichts als die Wahrheit. Die Vorgänge um die drei Städte und vor allem die Geschichte der Arrangements zu ihrer Räumung zeigen nicht allein die Gefahren von Gipfeltreffen, als diese Form der Diplomatie noch in den Kinderschuhen steckte, und die Fehlbarkeit gewöhnlicher Sterblicher, sie werfen auch ein neues Licht auf die größeren Fragen der frühen zwanziger Jahre.

Die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts ging auf zwei Konferenzen des Obersten Rats der Alliierten zurück, die im Januar 1921 in Paris bzw. im März 1921 in London stattgefunden hatten. In Paris war beschlossen worden, eine Reihe von Sanktionen zu verhängen, falls Deutschland den alliierten Reparationsansprüchen und der Forderung nach Abrüstung nicht entsprechen sollte<sup>3</sup>. In London blieb dann das deutsche Reparationsangebot so weit hinter den Erwartungen der Alliierten zurück, daß der Entschluß zu Sanktionen fast ohne Diskussion gefaßt wurde. Die Frage, welche Sanktionen zu ergreifen seien, führte zwar zu einer Debatte, doch wurde mit erstaunlicher Schnelligkeit ein Kompromiß erreicht<sup>4</sup>. So konnte der britische Premierminister David Lloyd George, als Vorsitzender der Konferenz, die deut-

<sup>1</sup> Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Luther I und II, 2 Bde., Boppard am Rhein 1977, Bd. 2, S. 686. Am 15. Oktober hat Briand in Locarno auch für sich in Anspruch genommen, die drei Städte geräumt zu haben, ohne dazu verpflichtet gewesen zu sein. Das war unwahr, wie er sehr wohl wußte (Die Kabinette Luther, Bd. 2, S. 762 f.).

<sup>2</sup> E. Keßen, *Peace in their Time*, London 1964, S. 155.

<sup>3</sup> *Documents on British Foreign Policy, 1919–1939* (künftig zit.: DBFP), 1st series (alle zitierten Bände gehören zu dieser Serie), London 1958 ff., Bd. 15, S. 118.

<sup>4</sup> DBFP, 15, S. 225 ff., 239 ff., 246 ff.

sche Delegation am 3. März unterrichten, daß die Alliierten, falls Deutschland bis zum 7. März (12.<sup>00</sup> Uhr) keinen befriedigenden Vorschlag zur Erfüllung der im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen unterbreite, die drei Städte besetzen, eine Abgabe auf die deutschen Exporte in ihre Länder in Höhe von 50% erheben, eine Zollmauer um das Rheinland errichten und die Einnahmen als Reparationen verbuchen würden<sup>5</sup>.

Diese Sanktionen waren dazu bestimmt, verschiedene Elemente in Deutschland zu treffen, und zwar in der Hoffnung, daß jede betroffene Gruppe die Regierung unter Druck setzen werde, ein substantielleres Reparationsangebot zu machen. Zugleich stellten sie einen Kompromiß zwischen Briten und Franzosen dar. Italien war gegen eine Aktion, während ihr Belgien zustimmte, obwohl Antwerpen unter schweren Störungen des Handelsverkehrs zu leiden haben mußte, doch hatte keine der schwächeren Mächte eine gewichtigere Stimme in dieser Sache. Die Zollmauer und die Besetzung der drei Städte waren das Minimum, das Briand, damals Chef eines labilen Kabinetts, nach Paris zurückbringen mußte, wenn seine Regierung überleben sollte. Die Export-Abgabe war hingegen Lloyd Georges Wunsch, der mit ihr nicht nur bares Geld in die Kassen Großbritanniens bekommen, sondern außerdem die deutsche Konkurrenz auf britischen Märkten ausschalten wollte; angesichts der kritischen Wirtschaftslage Großbritanniens und deutscher Drohungen, zur Bezahlung der Reparationen eine Exportoffensive zu starten, kam dem zweiten Ziel besondere Bedeutung zu.

Die Deutschen reagierten auf die Drohung mit Sanktionen gelassen. Wohl beherrschten die drei Städte alle Verbindungswege der Ruhr zu Wasser und zu Lande, die für die Versorgung Süd- und Westdeutschlands mit Kohle lebensnotwendig waren. Sollten sich die Alliierten zur Blockierung des Verkehrs entschließen, mußten die wirtschaftlichen Folgen erschreckend sein. Die Kontrolle solcher wichtigen Eisenbahnknotenpunkte konnte auch die so sehr gefürchtete Besetzung des gesamten Ruhrgebiets erleichtern<sup>6</sup>. Dennoch hieß es in Berlin, als man von den Sanktionen erfuhr, die alliierte Entscheidung sei hart, komme aber nicht unerwartet. Nach Konsultation von Wirtschaftsexperten und parlamentarischen Gremien wie nach Debatten im Kabinett herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Sanktionen erträglich und kein Grund seien, über die bereits beschlossenen Konzessionen hinauszugehen. Deutschland werde aushalten, protestieren und sich, wie Joseph Wirth bemerkte, an den Abbau der Sanktionen machen<sup>7</sup>.

So wurden, obschon die deutsche Delegation in London mehr konzedierte, als das Kabinett in Berlin für richtig hielt, die alliierten Erwartungen durch die deutschen Offerten bei weitem nicht erfüllt. Infolgedessen kündigte Lloyd George am 7. März sofortige Sanktionen an. Wohl war der Reparationskonflikt der unmittelbare Anlaß,

<sup>5</sup> I. C. P. 172, 3. 3. 1921, CAB 29/91, PRO, London.

<sup>6</sup> Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Fehrenbach, Boppard am Rhein 1972, S. 506; Die Kabinette Wirth I und II, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973, Bd. 1, S. 308.

<sup>7</sup> Kabinett Fehrenbach, S. 507, 508, 509, 527.

und die deutsche Delegation bekam in London auch keine formale Erklärung mehr überreicht, die eine Begründung der Sanktionen enthalten hätte.<sup>8</sup> Doch gaben die Alliierten am 9. März, in Übereinstimmung mit Lloyd Georges Mitteilung vom 3., bekannt, daß „die Sanktionen erst dann aufgehoben werden, wenn die Alliierten eine befriedigende Lösung der Fragen der Reparationen, der Abrüstung und der Kriegsverbrecher akzeptiert haben werden“<sup>9</sup>.

Zwei Sanktionen waren in Kraft, noch ehe die deutsche Delegation wieder Berlin erreicht hatte<sup>10</sup>. Die Exportabgabe, die einen legislativen Akt erforderte, beanspruchte etwas mehr Zeit, und nur Großbritannien machte Ernst damit<sup>11</sup>. Die Inter-Alliierte Hohe Rheinland-Kommission, von der die Zollmauer errichtet und kontrolliert werden sollte – ihr wurde zu diesem Zweck vorübergehend ein Vertreter Italiens attached –, begann sofort mit der Einforderung von Zollbescheinigungen<sup>12</sup>. Die drei Städte wurden am 8. März von alliierten Truppen widerstandslos besetzt und unter Kriegsrecht gestellt. General Degoutte, der an der Spitze der französischen Rheinarmee stand, übte die oberste Befehlsgewalt aus, und französische Verbände hielten Düsseldorf besetzt. Belgische Einheiten kontrollierten Duisburg und Ruhrort, womit die belgische Besatzungszone im Rheinland erstmals einen Brückenkopf hatte. Die Briten stellten Tanks zur Verfügung, ein paar Schiffe und zwei Schwadronen Kavallerie, um Flagge zu zeigen<sup>13</sup>. Wie vorhergesehen, bombardierte Deutschland den Völkerbund mit Protestnoten<sup>14</sup>.

So blieb der Stand der Dinge, während die anstehenden Entscheidungen über Oberschlesien und die Reparationsfrage die Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Am 1. Mai 1921 mußte Deutschland, was die im Versailler Vertrag vorgesehene Abschlagszahlung von 20 Milliarden Goldmark betraf, formal im Verzug sein. An diesem Tag mußte außerdem die Reparationskommission die Gesamtsumme der deutschen Reparationsschuld bekanntgeben. Als der 1. Mai näherrückte, fand in London eine weitere Konferenz des Obersten Rats statt. Er verkündete am 5. Mai den Londo-

<sup>8</sup> I. C. P. 177, 178, 179, CAB 29/91.

<sup>9</sup> DBFP, 15, S. 360.

<sup>10</sup> Kabinett Fehrenbach, S. 578; Belgien, *Parlament, Annales parlementaires de Belgique, Chambre des Représentants, Compte rendu analytique des discussions des chambres législatives de Belgique: Chambre des Représentants (1920–1921)*, Brüssel 1921, S. 309.

<sup>11</sup> *Compte-rendu, Interministerial comité restreint*, 16. 5. 1923, Archiv des Französischen Außenministeriums (künftig zit.: FMAE), Sous-Série B, Akte 54; Jaunez an Herriot, 9. 10. 1924 (no. 1581), Herriot an Saint-Aulaire, 15. 11. 1924 (tel. 933), FMAE, B/56. Die Briten fanden die Exportabgabe lukrativ; bis zum 20. 1. 1930 nahmen sie 372 625 525 Goldmark ein. United States, Department of State, *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States: The Paris Peace Conference 1919*, 13 Bde., Washington, 1942 ff., Bd. 13, S. 532.

<sup>12</sup> DBFP, 15, S. 342, 348 f., 360.

<sup>13</sup> War Office an General Morland, 7. 3. 1921, Telegramm Morland an WO, 8. 3. 1921, FO 371/5993 (PRO); Belgique, *Chambre des Représentants, Compte rendu (1920–1921)*, S. 309; DBFP, 15, S. 335 f. Die britischen Truppen rückten nach etwa sechs Wochen wieder ab; Chamberlain an Fleury und FO-minutes, 22. 7. 1925, FO 371/10755.

<sup>14</sup> Simons an Drummond, 10. 3. 1921, 22. 3. 1921, CAB 24/121; Kabinett Fehrenbach, S. 553.

ner Zahlungsplan, verbunden mit der Androhung einer Ruhrbesetzung und unter Hinweis auf deutsche Versäumnisse hinsichtlich der Abschlagszahlung, der Abrüstung und der Behandlung des Kriegsverbrecherproblems. Am 11. Mai beugte sich Deutschland dem Ultimatum<sup>15</sup>. In der Zwischenzeit war das Kabinett Fehrenbach über der Frage gestürzt, und Gustav Stresemann, der Fehrenbachs Nachfolge anstrebte, hatte die Möglichkeit alliierter Konzessionen zu erkunden gesucht; namentlich hatte er wissen wollen, ob die Annahme des Londoner Ultimatus nicht mit dem Verzicht auf die Exportabgabe und mit der Räumung der Städte honoriert werden könne. Der deutsche Botschafter in London hatte die gleichen Fragen gestellt und zur Antwort erhalten, Deutschland solle keine Bedingungen nennen. Indes war von der britischen Regierung, ohne daß sie die anderen alliierten Mächte konsultiert hätte, über beide Kanäle mitgeteilt worden, daß zwar die Angelegenheit eine Sache aller Alliierten sei, London aber die Exportabgabe – auf der im Londoner Zahlungsplan festgesetzten reduzierten Höhe von 26% – beibehalten wolle, hingegen im Falle einer deutschen Annahme des Ultimatus für die Aufhebung der übrigen Sanktionen sei<sup>16</sup>.

Das neue deutsche Kabinett nahm jedoch den Londoner Plan bedingungslos an, wie es im Ultimatum verlangt worden war, und erhielt folglich keine Konzessionen. Dennoch machten die Briten ihren Standpunkt bei ihren Alliierten sogleich mit Nachdruck geltend und argumentierten, da Deutschland nachgegeben habe, müßten Sanktionen aufgehoben werden. Italien und Belgien wichen zunächst aus, während Frankreich darauf bestand, die Sanktionen in Kraft zu lassen, bis Deutschland seinen Willen zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen bewiesen habe<sup>17</sup>. Nach einem Monat fragte die deutsche Regierung in London an, wann denn das, was sie als selbstverständliche Konsequenz der Annahme des Ultimatus ansehe, eintreten werde, und sie fügte hinzu, auch das (erste) Kabinett Wirth werde stürzen, falls die Sanktionen nicht aufgehoben würden, und danach werde keine Regierung mehr in der Lage sein, die zur Bezahlung der Reparationen notwendigen hohen Steuern einzuführen<sup>18</sup>. Dieses vorhersehbare Manöver brachte aber keine sofortige Reaktion, da das Foreign Office darauf hoffte, die Frage werde in Paris von Belgien aufgeworfen werden; man wollte vermeiden, daß unter den alliierten Mächten stets Großbritannien diejenige war, die Frankreich mit unangenehmen Vorschlägen konfrontierte<sup>19</sup>.

Der belgische Außenminister Henri Jaspar suchte in der Tat, während eines Besuchs in Paris, Briand am 7. Juni für den Abbau der Zollmauer zu gewinnen. Der will-

<sup>15</sup> Kabinett Fehrenbach, S. 554; I. C. P. 200A, 5. 5. 1921, CAB 29/93; DBFP, 15, S. 579 f.; D'Abernon an Curzon, 11. 5. 1921 (tel. 212), FO 371/6028.

<sup>16</sup> E. Vincent, Viscount D'Abernon, An Ambassador of Peace. Lord D'Abernon's Diary, 3 Bde., London 1929, Bd. 1, S. 172, 174; Cabinet 36 (21), 10. 5. 1921, CAB 23/25; DBFP, 16, S. 664 ff. Die Briten hätten, was nicht überrascht, eine Abgabe von 50 Prozent den von der Londoner Konferenz festgesetzten 26 Prozent vorgezogen; FO-memo, 16. 5. 1921, FO 371/6029.

<sup>17</sup> DBFP, 16, S. 665 f., 671; Curzon an Kabinett, 21. 5. 1921, FO 371/6029.

<sup>18</sup> Kabinette Wirth, I, S. 204.

<sup>19</sup> Tufton-minute, 7. 6. 1921, Curzon an D'Abernon, 9. 6. 1921 (Tel. 154), FO 371/5971; DBFP, 16, S. 695.

kürliche Cordon durch das industrielle Herz Deutschlands beeinträchtigte nicht allein den belgischen Handel, sondern schadete auch der rheinischen Industrie und gefährdete die deutsche Zahlungsfähigkeit. Die Okkupation der drei Städte war eine andere Sache. Belgien sah sich gerne im Besitz eines Brückenkopfs, und da die Alliierten weder den Bahnverkehr noch die Flußschifffahrt unterbrochen hatten, gab es für einen Abzug auch keine wirtschaftlichen Gründe. Außerdem kannten die belgischen Politiker, bereits wohlbewandert in der Kunst, anglo-französische Kompromisse einzufädeln, die Grenzen des Möglichen, hofften jedoch, die Franzosen zu einer schrittweisen Räumung bewegen zu können, falls die deutsche Abrüstung befriedigende Fortschritte machte. Da Briand, trotz seiner politischen Schwierigkeiten, ein Ende der Zollmauer nicht a priori ausschloß, kam die Frage der Sanktionen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Obersten Rats<sup>20</sup>.

Inzwischen drohten deutsche Politiker erneut, vor allem gegenüber Briten und Amerikanern mit guten Verbindungen, daß in Berlin das Kabinett stürzen werde, wenn hinsichtlich der Reparationen und Oberschlesiens alliierte Konzessionen ausblieben. Großbritannien reagierte darauf mit dem dringlichen Hinweis, daß die bis zum 30. Juni fälligen Abrüstungsmaßnahmen unbedingt termingerecht durchgeführt werden müßten, damit die Räumung der drei Städte erleichtert werde. Frankreich verriet Zeichen einer entgegenkommenden Haltung, bis in Deutschland ein französischer Offizier ermordet wurde und das Leipziger Reichsgericht den prominentesten der wegen Kriegsverbrechen Angeklagten freisprach. Briand machte daraufhin sogar den – erfolglosen – Versuch, die Sanktionen-Diskussion auf der bevorstehenden Sitzung des Obersten Rats auf das Problem der Zollmauer zu beschränken<sup>21</sup>.

Die Pariser Konferenz vom 9. bis zum 13. August 1921 beschäftigte sich mit den Sanktionen an ihrem Schlußtag, nachdem stürmische Auseinandersetzungen über größere Fragen vorhergegangen waren. Die Franzosen sagten, die Londoner Beschlüsse vom März hätten vorgesehen, daß die Sanktionen erst dann aufzuheben seien, wenn Deutschland „vollständige Genugtuung“ geleistet habe, tatsächlich aber hätten die Deutschen bereits angedeutet, daß sie die erste Milliarde Goldmark, die nach dem Londoner Zahlungsplan am 31. August fällig sei, nicht zahlen könnten; sie suchten außerdem ihre Abrüstungsverpflichtungen zu umgehen und verhielten sich in der Kriegsverbrecherfrage höchst unbefriedigend<sup>22</sup>. Dennoch könne die Zollmauer abgebaut werden, wenn Deutschland die erste Milliarde rechtzeitig zahle und eine inter-alliierte Kommission akzeptiere, die – zur Verhinderung einer deutschen Diskriminierung alliierter Waren – alle Import- und Exportlizenzen im besetzten Gebiet prüfen müsse. Lord Curzon, der Großbritannien vertrat, wies nicht nur darauf hin, daß das deutsche Kabinett vielleicht stürzen und von einer übleren Regierung abgelöst werde, er hob auch hervor, daß die Zahlung der Besatzungskosten durch

<sup>20</sup> G. Grahame an Curzon, 10. 6. 1921 (no. 537), FO 371/6031; DBFP, 16, S. 671.

<sup>21</sup> D. J. Hill an Hughes, 18. 7. 1921, Warren G. Harding Papers (Ohio Historical Society, Columbus, Ohio), Roll 144, 009–0019; DBFP, 16, S. 695 ff., 703 f., 724 ff.

<sup>22</sup> I. C. P. 208, 13. 8. 1921, CAB 29/32.



Deutschland Vorrang vor den Reparationen habe und daher, falls die Okkupation andauere, die Ausgabe der nach dem Londoner Zahlungsplan am 1. November fälligen B-Bonds in Gefahr geraten könne<sup>23</sup>. Briands Bedingungen für eine Aufhebung der Zollschränken am 15. September wurden akzeptiert, doch vermochte noch so eindringliches britisches Zureden ihm nicht mehr als das Versprechen abzurufen, daß die Räumung der drei Städte auf der nächsten Sitzung des Obersten Rats diskutiert werden dürfe, sofern Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme und auch Arbeitsmöglichkeiten für die Inter-Alliierte Militärkontrollkommission schaffe<sup>24</sup>.

Die deutsche Regierung erhob inoffiziell Protest und beschwerte sich offiziell über die Fortdauer der militärischen Sanktionen, wobei sie sich bei Lord D'Abernon, dem britischen Botschafter, darüber beklagte, daß Frankreich nach deutschem Territorium trachte und zur Politik Ludwigs XIV. zurückgekehrt sei; jedoch akzeptierte sie die Bedingungen für die Beseitigung der Zollschränken<sup>25</sup>. Eine Debatte über Details verzögerte das bis zum 30. September<sup>26</sup>, danach blieb als Streitfrage aber nur noch die Besetzung der drei Städte. Die deutsche Regierung ließ keine Gelegenheit aus, diese Frage aufzuwerfen, und erwog im Oktober ernstlich, die Wiesbadener Vereinbarungen erst nach der Räumung in Kraft zu setzen. Walther Rathenau, der die Abmachungen ausgehandelt hatte, wehrte sich jedoch mit Erfolg dagegen, wirtschaftliche Arrangements mit politischen Bedingungen zu verknüpfen<sup>27</sup>.

Zu seiner nächsten Sitzung kam der Oberste Rat im Januar 1922 in Cannes zusammen. Eine übervolle Tagesordnung und ein abruptes Ende kurz nach dem Eintreffen der deutschen Delegation verhinderten die Erörterung des Okkupationsproblems. Während der sechs Wochen der Konferenz von Genua, im April und Mai, schnitten Wirth und Rathenau, nun Außenminister, die Frage dreimal bei Lloyd George an, ohne etwas zu erreichen. Lloyd George war mit größeren Angelegenheiten beschäftigt, empfahl Geduld und beschwor die Deutschen, Frankreich keinen Vorwand für eine drastische Aktion zu liefern<sup>28</sup>.

<sup>23</sup> Ebenda. Die Besatzung war 5000 bis 6000 Mann stark, das besetzte Gebiet zählte rund 750 000 Einwohner. Für die Ausgabe der B-Bonds bestand keine Aussicht.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Kabinette Wirth, 1, S. 214; DBFP, 16, S. 734. Die deutsche Angst vor französischen Annexionsplänen war echt, aber unbegründet. Ein rheinischer Pufferstand hatte viele Befürworter in der Pariser Nationalversammlung, jedoch nach 1919 (selbst Ende 1923) wenige in maßgeblichen Regierungskreisen. Was die Annexion betrifft, so hatte es Frankreich mit den Nachteilen seiner Vorzüge – oder umgekehrt – zu tun: Die Nachfolger Clemenceaus teilten seine Überzeugung, daß eine Eingliederung parlamentarische Vertretung bedeuten müsse, und niemand wünschte in der Kammer deutsche Patrioten zu sehen, die dort gegen ihre Einbürgerung in „la belle France“ protestierten.

<sup>26</sup> Hardinge an Curzon, 29. 9. 1921 (Tel. 705), FO 371/6068.

<sup>27</sup> Kabinette Wirth, 1, S. 304 ff. Aus offensichtlichen diplomatischen Gründen provozierte die einseitige britische Auferlegung der Exportabgabe von 26 Prozent keine deutschen Proteste. Deutschland hat die Vereinbarungen von Wiesbaden nie in Kraft gesetzt, und zwar aus Gründen, die nichts mit den drei Städten zu tun hatten.

<sup>28</sup> Kabinette Wirth, 2, S. 761, 826 f.; DBFP, 19, S. 733, 997 f., 1000 f.

Nach Genua erforderte für den Rest des Jahres die sich ständig verschärfende Reparationskrise alle Aufmerksamkeit, doch erinnerte Deutschland die Alliierten wann immer möglich an das Los der drei Städte. Als zum Beispiel D'Abernon nach Wirths Einstellung zu einem eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fragte, wurde die Räumung sofort als Bedingung genannt<sup>29</sup>. Auch verknüpfte Deutschland das Problem der drei Städte naturgemäß mit der Reparationspolitik. Das – nie vorgelegte – deutsche Angebot für die Januarsitzung des Obersten Rats führte unter den Vorbedingungen das baldige Ende der Besetzung des Rheinlands und die sofortige Räumung Düsseldorfs auf<sup>30</sup>. Die deutschen Vorschläge wurden damals nicht publiziert, jedoch von Reichskanzler Wilhelm Cuno in einer Rede skizziert, die er am 31. Dezember 1922 in Hamburg hielt<sup>31</sup>. Diese Manöver brachten weder die Befreiung der drei Städte noch eine Lösung der Reparationskrise. Nachdem französische und belgische Streitkräfte, mit symbolischer ziviler Beteiligung Italiens, am 11. Januar 1923 ins Ruhrgebiet einmarschiert waren, sank die Frage der drei Städte zur Bedeutungslosigkeit herab und tauchte für anderthalb Jahre nicht mehr auf der Tagesordnung diplomatischer Verhandlungen auf. Die Besetzung einer Ecke der Ruhr, wenn auch einer Ecke von erheblicher wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung, spielte kaum noch eine Rolle, nachdem das ganze Ruhrgebiet unter Besetzungsherrschaft geraten war. Zudem bestand keine Aussicht auf die Befreiung Düsseldorfs, solange noch nicht ernsthaft über die Räumung des gesamten besetzten Territoriums an der Ruhr diskutiert wurde.

Diese Zeit kam mit dem Dawes-Bericht zur Beendigung der Reparationskrise, ob- schon der Bericht die militärischen Aspekte der Ruhrfrage ausklammerte, und vor allem mit der Londoner Konferenz, die im Juli und August 1924 die Dawes-Empfehlungen in die Tat umsetzen sollte. Vor Beginn der Konferenz suchte Deutschland etliche Konzessionen zu erreichen, auch die Räumung des Ruhrgebiets und den Abzug aus den drei Städten; das wurde als Preis der Verabschiedung der für den Dawes-Plan erforderlichen Gesetze durch den Reichstag präsentiert. Der neue französische Ministerpräsident, Edouard Herriot, der bereits unter massivem innenpolitischen Druck stand, lehnte das kategorisch ab, während die Briten den Deutschen rieten, nicht zu früh zuviel zu verlangen; vor gesetzgeberischen Akten seien die Ergebnisse der Konferenz abzuwarten<sup>32</sup>. Beide Fragen mußten so abermals vertagt werden.

Die Londoner Konferenz, die am 16. Juli 1924 begann und einen Monat dauerte,

<sup>29</sup> Wirth an D'Abernon, 25. 7. 1922, Balfour-memo, 1. 8. 1922, Sir Edward Grigg (1. Baron Altrincham) Papers, Archiv der Queen's University, Kingston, Ontario, Roll 11, MF 111.

<sup>30</sup> Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Cuno, Boppard am Rhein 1968, S. 73, 116.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 108.

<sup>32</sup> Hoesch an AA, 28. 6. 1924 (Tel. 381), Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, T-120, S. 2406, R. 1330, D 502125 f.; Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Marx, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973, Bd. 2, S. 757 f., 761, 769 f.; della Faille an Hymans, 9. 7. 1924, Nr. 1776, Nachlaß Paul Hymans, Archives Générales du Royaume, Brüssel, Akte 157; D'Abernon an MacDonald, 1. und 2. 7. 1924 (Tel. 290, 292), FO 371/9749; D'Abernon an MacDonald, 8. 7. 1924 (Tel. 306), Lampson-note, 9. 7. 1924, FO 371/9750.

war eine Sirapaze für alle Beteiligten, vor allem für die Alliierten, die untereinander zweieinhalb Wochen stritten, ehe die deutsche Delegation für den 5. August bestellt werden konnte. Der unerfahrene Herriot erlebte eine besonders schmerzhafteste Feuer- taufe im Krieg der Diplomaten. In beiden Phasen der Konferenz erlitt er in den mei- sten Gefechten Niederlagen, da er sich praktisch einer geschlossenen Front aller an- deren westlichen Mächte gegenüber sah. Noch vor dem Ende der Konferenz wurde er als „völlig zusammengebrochen“ charakterisiert<sup>33</sup>. In der zweiten Konferenzphase war sein unmittelbarer Antagonist Gustav Stresemann, im Kabinett Wilhelm Marx Außenminister, der Herriots Verwirrung und Niedergeschlagenheit mit gewohnter Sicherheit und gewohntem Geschick zu seinen Gunsten nutzte. Schon bevor Strese- mann und die deutsche Delegation in London eintrafen, hatte Deutschland keine Ge- legenheit übersehen. So hatte Hjalmar Schacht, damals Präsident der Reichsbank und bereits vor Stresemann in der britischen Hauptstadt, seinen Kollegen bei der Bank of England dazu bewogen, die Räumung der drei Städte unter jene Bedingun- gen aufzunehmen, die von den Finanziers als Voraussetzungen der für das Funktio- nieren des Dawes-Plans entscheidenden Anleihe bezeichnet wurden<sup>34</sup>.

Der Zweck der Londoner Konferenz bestand darin, den Dawes-Plan, damit auch die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets, in Kraft zu setzen und die Repara- tionskrise zu überwinden. Andere Probleme standen zwar nicht auf der Tagesord- nung, wurden jedoch inoffiziell behandelt. Dennoch kam die deutsche Delegation während ihrer ersten Woche in London nicht auf die drei Städte zu sprechen. In ei- nem gewissen Sinne war das auch nicht notwendig. Die Frage der drei Städte war nach ihrem Ursprung und rechtlich von der größeren der Ruhrbesetzung unterschieden, doch gehörte der Bezirk geographisch unbestreitbar zum Ruhrgebiet. Falls es sich als erforderlich erweisen sollte, konnten mithin Bezugnahmen auf die Räumung der – wenigstens in deutschen Augen – unabhängig vom Versailler Vertrag besetzten Territorien oder des Ruhrgebiets dahin ausgelegt werden, daß damit auch die drei Städte gemeint seien. Vom Augenblick ihres Eintreffens an machte die deutsche Dele- gation allen, die zuhören wollten, klar, daß das Ende der Ruhrbesetzung, militärisch wie wirtschaftlich, höchste Priorität habe, und sie erhielt auch sogleich Ramsay Mac- Donalds, des britischen Premierministers, Segen für inoffizielle Verhandlungen mit Herriot<sup>35</sup>.

Stresemann hat mit Herriot über die militärische Räumung des Ruhrgebiets offen- bar erstmals während eines Dinners gesprochen, das am 9. August von Frank Kellogg gegeben wurde, dem amerikanischen Botschafter in London und Vertreter der USA

<sup>33</sup> Maltzan an Hoesch, 9. 8. 1924 (Tel. 653), PA AA, T 120, 2406/1330/D 5022 10f.

<sup>34</sup> Kabinette Marx, 2, S. 891.

<sup>35</sup> Schubert-Memo, o.D. (5. 8. 1924), Stresemann an AA, 9. 8. 1924 (Tel. 24), PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 311 ff., E 124 317 ff.; Maltzan an Hoesch, 9. 8. 1924 (vgl. Anm. 33); Kabinette Marx, 2, S. 1284 f.; Finlay an Lampson, 12. 8. 1924, FO 371/89856. Herriot wollte und erhielt auch MacDonalds Zustimmung zu inoffiziellen Gesprächen mit Deutschland; B. E. D. 91, 7. 8. 1924, CAB 29/105.



auf der Konferenz<sup>36</sup>. Verhandlungen begannen dann am 11. August, nach einer hastigen Reise Herriots nach Paris, wo er sein Kabinett in dieser Frage konsultierte, von der er naiverweise angenommen hatte, sie werde nicht auftauchen, doch wurden die drei Städte erst am 13. August auf einer größeren Besprechung der Delegationen Frankreichs, Deutschlands und Belgiens erwähnt. Als Reichskanzler Marx versuchte, die drei Städte zu „der Ruhr“ zu rechnen, sah sich Herriot veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß erstere eine Angelegenheit der Alliierten, für letztere hingegen allein Franzosen und Belgier zuständig seien, weshalb im Augenblick lediglich das zweite Problem erörtert werden könne. Die Diskussion kreiste dann um Herriots früheres Angebot, die Räumung des Ruhrgebiets im Laufe eines Jahres abzuschließen, während die Deutschen auf einen Abschluß bis zum 10. Januar 1925 drängten. Die Hartnäckigkeit, mit der die deutsche Delegation auf diesem Datum bestand, ergab sich aus der Überlegung, daß die Räumung der ersten Rheinlandzone zum frühestmöglichen Zeitpunkt, den der Versailler Vertrag erlaubte, nicht gefährdet werden dürfe; sie war sich darüber im klaren, daß die Okkupation der Ruhr ohne Verfügbarkeit des Eisenbahnnetzes bei Köln nicht aufrechtzuerhalten war<sup>37</sup>. Zu einem geringeren Grade galt die gleiche Überlegung auch für die Besetzung der drei Städte.

Am 14. August legten MacDonald und Kellogg der deutschen Delegation dar, daß Herriot hinsichtlich des Ruhrgebiets keine weiteren Konzessionen mehr machen könne, worauf die Deutschen die Annahme der Jahresfrist für die Räumung der Ruhr in Erwägung zogen, wenn die sofortige Räumung Dortmunds und eine bindende Erklärung zu den drei Städten erreicht werde. In diesem Sinne wurde Berlin konsultiert, während die Delegation in London am 14. und 15. weiterhin um eine raschere Räumung der Ruhr kämpfte, dabei auch die Räumung Ruhrorts vorschlug. Nachdem in Berlin das Kabinett die Jahresfrist akzeptiert hatte, sofern die drei Städte ebenfalls binnen eines Jahres geräumt würden, suchten am Ende Marx und Stresemann Herriot im Hyde Park Hotel auf, wo sie in einer Cocktail-Halle – es war der Abend des 15. August – die definitive Ruhrvereinbarung fertigklopften. Herriot sagte zu, daß die drei Städte zusammen mit dem Ruhrgebiet geräumt würden, wenn er auch, wie es das Ritual erforderte, die Angelegenheit als ein Problem der Alliierten bezeichnete<sup>38</sup>.

<sup>36</sup> Stresemann an AA, 9. 8. 1924 (vgl. Anm. 35).

<sup>37</sup> Belgische Aufzeichnungen, 13. 8. 1924, Hymans/157; Rede Herriots vor französischen, belgischen und deutschen Delegierten, 13. 8. 1924, Nachlaß Edouard Herriot, FMAE Papiers d'agents, Akte 25; Kabinette Marx, 2, S. 1317; Schubert-Memo (vgl. Anm. 35).

<sup>38</sup> Gustav Stresemann, Vermächtnis, 3 Bde. Berlin 1932, Bd. 1, S. 492 ff.; Kabinette Marx, 2, S. 961 f., 1299 ff.; H. Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960, S. 293. In seinem Konferenz-Tagebuch notierte Stresemann am 15., daß die Erörterung der Räumung Ruhrorts auf den folgenden Tag verschoben worden sei. Deutschland hatte die Räumung für den 30. August gefordert (Vermächtnis, 1, S. 497; Tyrrell-note, 26. 8. 1924, FO 371/9833; Herbette an Briand, 4. 7. 1925, FMAE Série Z, Rive gauche du Rhin [künftig zit.: Z/RGR], Akte 152). In den fragmentarischen Konferenz-Papieren Herriots findet sich die einzige Erwähnung der drei Städte in einem Memorandum, in dem gegen eine separate Räumung Ruhrorts argumentiert wird (Georgy, 16. 8. 1924, Herriot/25 bis.). Die sofortige Räumung Dortmunds als Konzession an die Deutschen hatte MacDonald empfohlen (MacDonald diary, 14. 8. 1924, PRO 30/69/8/1).

Den Schlußtag der Konferenz leitete das übliche Treffen der Delegationschefs ein, das bei dieser Gelegenheit von der bitteren belgischen Klage belebt wurde, nicht ausreichend informiert zu werden. Die belgischen Politiker hatten nichts gegen die getroffenen Entscheidungen einzuwenden. Sie wünschten jedoch über jene Dinge, die sie unmittelbar betrafen, konsultiert oder wenigstens unterrichtet zu werden, und sie waren außerordentlich aufgebracht darüber, daß sie bis tief in die Nacht dagesessen und vergeblich auf ein Wort über das Ruhrgebiet gewartet hatten; erst geraume Zeit nach Mitternacht waren sie in großen Zügen durch die Presse und in knappster Form durch die Briten ins Bild gesetzt worden<sup>39</sup>. Daß Herriot es sogar versäumte, einen Bundesgenossen zu informieren, dessen Gefühle er zuvor sorgsam gepflegt hatte, verrät, wie durcheinander er war, und zeigt vielleicht auch, warum er im weiteren Verlauf des Vormittags eine erstaunliche geistige Desorganisation an den Tag legte. Auf der anderen Seite kann in der Erschöpfung und in der Verärgerung der Belgier die Erklärung für das Versagen der normalerweise sehr sorgfältig arbeitenden belgischen Protokollanten und des ansonsten so guten Gedächtnisses von Außenminister Paul Hymans liegen. Nach der größeren Sitzung kamen die Minister Frankreichs, Deutschlands und Belgiens offenbar zu einer inoffiziellen Besprechung zusammen, von der keine schriftliche Aufzeichnung überlebt zu haben scheint. Anschließend trafen sich die drei Delegationen, um jene Vereinbarungen zu formalisieren, die in der vorhergegangenen Nacht von Stresemann, Marx und Herriot ausgehandelt worden waren, und um, wie die Deutschen meinten, zusätzlich jene Absprachen zu fixieren, die dann die Teilnehmer an dem inoffiziellen Treffen impliziert oder vielleicht auch schon getroffen hatten. Nachdem die Unterschriften unter französisch-belgische Briefe mit zugesagten Verpflichtungen hinsichtlich der Ruhr und der Räumung Dortmunds unter Dach und Fach waren, brachte Stresemann die drei Städte zur Sprache und wollte auch die Regelung dieses Problems in einem Brief festgehalten wissen. Herriot lehnte sowohl einen Brief wie eine Erklärung vor der für den Nachmittag angesetzten Schlußsitzung der Konferenz und die separate Räumung Ruhrorts ab. Nachdem aber die beiden leitenden Beamten des französischen und des deutschen Außenministeriums, Graf Emmanuel Peretti de la Rocca und Karl v. Schubert, den Raum verlassen hatten, um ein passendes Communiqué zu entwerfen, gaben Herriot und der belgische Ministerpräsident Georges Theunis im Namen ihrer Regierungen die offizielle Versicherung, daß sie sich dem zeitgleichen Abschluß der Räumung der drei Städte mit dem Ende der Räumung des Ruhrgebiets nicht widersetzen würden<sup>40</sup>.

Die deutsche Delegation, weniger erschöpft und besser organisiert als die übrigen Vertretungen, war entschlossen, auch diese letzte Konzession schriftlich bestätigt zu bekommen. Daher übermittelte Marx seinen Gesprächspartnern Herriot und Theunis

<sup>39</sup> Aufzeichnung Hymans, 16. 8. 1924, Hymans/157.

<sup>40</sup> Kabinette Marx, 2, S. 1338 f.; AA-Memorandum des deutsch-französisch-belgischen Treffens, 16. 8. 1924, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 443 ff.; Auswärtiges Amt, Die Londoner Konferenz. Juli–August 1924, Berlin 1925, S. 255 f.; Peretti an Briand, 30. 6. 1925 (Tel. 409–412), FMAE Z/RGR/152.

ein Memorandum, in dem die Vereinbarung formuliert war; eine Kopie ging an MacDonald. Der Text war mit Peretti abgestimmt worden, der von Schubert ebenfalls eine Kopie erhielt<sup>41</sup>. Von diesem Schriftstück existieren nur noch die Kopien in den deutschen und britischen Akten<sup>42</sup>. Marx suchte außerdem kurz vor der Schlußsitzung MacDonald auf, von dem er erreichen wollte, daß sich Großbritannien der französisch-belgischen Verpflichtung hinsichtlich der drei Städte anschloß. MacDonald erklärte, er könne das nicht in der gleichen Form tun wie Frankreich und Belgien, versprach aber etwas noch Besseres. Er habe bereits einen entsprechenden Brief diktiert, über den er nur noch ein Weilchen nachdenken wolle, und zwar in Schottland, wohin er sich am gleichen Abend zur Erholung zurückziehen werde. Damit er die Sache nicht vergaß, übergab die deutsche Delegation dem Sekretär des Kabinetts und einem leitenden Beamten des Foreign Office Kopien des Marxschen Memorandums, dazu Vermerke über das Versprechen des Premierministers<sup>43</sup>.

MacDonald hielt sein Wort. In Lossiemouth, seinem Heimatort, unterbrach er am 19. August das Fischen, um Marx einen Brief zu schicken; Kopien wurden Herriot und Theunis übersandt. Großbritannien, so sagte MacDonald in seinem Schreiben, könne sich der französisch-belgischen Erklärung über die drei Städte nicht anschließen, weil es damit implicite die Besetzung des Ruhrgebiets als rechtens anerkennen würde. Jedoch seien die Gründe, „die der britischen Regierung seinerzeit die Besetzung [der drei Städte] gerechtfertigt erscheinen ließen“, längst hinfällig geworden, weshalb Großbritannien für sofortige Räumung eintrete. In einem Brief an Herriot und Theunis, ebenfalls am 19. August geschrieben, fügte MacDonald hinzu, nach britischer Meinung stelle die Besetzung der drei Städte mittlerweile eine Verletzung des Versailler Vertrags dar<sup>44</sup>.

Die erste französische Reaktion bestand in einer mündlichen Erklärung des französischen Geschäftsträgers in London, der am 24. August darauf hinwies, daß auf der Londoner Konferenz ein Arrangement, das die Räumung des Ruhrgebiets mit der Räumung der drei Städte verknüpfe, mit der Zustimmung des deutschen Reichskanzlers getroffen worden sei<sup>45</sup>. Seine Bemerkungen zeigen klar, daß man sich zu diesem Zeitpunkt am Quai d'Orsay der Vereinbarung über die drei Städte durchaus bewußt war, daß man Marx' Memorandum ebenso kannte wie das Schreiben MacDonalds. Offenbar wurden aber nur wenige Beamte unterrichtet und die wesentlichen Schrift-

<sup>41</sup> Die Londoner Konferenz, S. 256; Kabinette Marx, 2, S. 987, 1339; Marx an MacDonald, 16. 8. 1924, FO 371/9858; MacDonald an D'Abernon, 30. 8. 1924, FO 371/10755.

<sup>42</sup> Hymans' Aufzeichnungen vom 16. 8. 1924 (Hymans/156) erwähnen die drei Städte nicht, und in den Akten des belgischen Außenministeriums ist das Memorandum nicht enthalten. Herriots erratische Versuche zu Konferenz-Notizen (Herriot/25 bis) brachen in den Schlußtagen völlig zusammen.

<sup>43</sup> MacDonald an D'Abernon, 30. 8. 1924, FO 371/10755; Kabinette Marx, 2, S. 1339; Vermächtnis, 1, S. 500; Schubert an Schamer, 17. 8. 1924, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 388 f.

<sup>44</sup> MacDonald an D'Abernon, 30. 8. 1924 (vgl. Anm. 43). Auch diese Briefe sind aus den französischen Archiven verschwunden.

<sup>45</sup> Tyrrell-note, 26. 8. 1924, FO 371/9833.

stücke sowohl in Paris wie in Brüssel während der unmittelbar folgenden Urlaubstage verlegt. Außerdem verlor Herriot, nachdem er sich von den Unbilden der Londoner Konferenz erholt hatte, keine Zeit, jene Mitglieder des französischen Diplomatischen Dienstes loszuwerden, die seinen linken Anhängern in der Nationalversammlung besonders mißliebig waren. Zu den Opfern des sozialistischen Ingrimms gehörten der französische Botschafter in London und Peretti, der so eilends nach Madrid abgeschoben wurde, daß er nach seinem September-Urlaub, den er im Anschluß an die Londoner Konferenz genommen hatte, nicht einmal einen Tag zum Quai d'Orsay zurückkehren durfte<sup>46</sup>.

Danach verlor der Quai d'Orsay die Frage aus den Augen, während leitende Beamte des belgischen Außenministeriums, die vielleicht nie informiert worden waren, da keiner von ihnen an der Besprechung vom 16. August teilgenommen hatte, weiterhin von der Annahme ausgingen, daß keine Verpflichtung existiere<sup>47</sup>. Selbst die Ende 1924 erfolgende Veröffentlichung des deutschen Weißbuchs über die Londoner Konferenz, in dem Marx' Memorandum vom 16. August abgedruckt war, half dem Gedächtnis in Paris und Brüssel nicht nach, wo sich Minister und Ministerialbeamte mit aktuellen Nöten herumschlugen und sich noch nicht mit Problemen beschäftigten, die erst in acht oder zehn Monaten akut werden mochten. Die aktuelle Frage, die Ende 1924 anstand, lautete, ob die erste Rheinland-Zone tatsächlich am 10. Januar 1925 geräumt werden würde, eine Frage, der unmittelbare Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Besetzung des Ruhrgebiets und der drei Städte zukam. Die Franzosen befürchteten, daß die Briten das Kölner Problem benutzen würden, um eine frühe Räumung beider Ruhrbezirke zu erzwingen<sup>48</sup>, doch machten sie keinen Versuch zur Verifizierung, und die lange Debatte über die Kölner Zone fand ohne ausdrückliche Erwähnung der Ruhr oder Düsseldorfs statt; das konnte geschehen, weil die Fragen zwar geographisch zusammenhingen, aber rechtlich getrennt waren. In gleicher Weise hat im Januar 1925 die alliierte Finanzkonferenz, nachdem die Räumung Kölns verschoben worden war, die Ruhr-Einnahmen zugeteilt, ohne an weitere und möglicherweise umstrittene Probleme zu rühren.

Zu diesem Zeitpunkt hatten jene wenigen Franzosen und Belgier, die unterrichtet waren, die am 16. August 1924 eingegangenen Verpflichtungen offenbar tatsächlich vergessen. Das Gedächtnis der deutschen Politiker war jedoch besser. Im Frühjahr informierte Karl Jarres, Bürgermeister von Duisburg und Minister im Kabinett Marx, seinen Düsseldorfer Kollegen, die Alliierten hätten zugesagt, die drei Städte gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet zu räumen – was zu einem Bericht in der „Kölnischen Zeitung“ führte. Dieser Bericht wiederum veranlaßte Anfragen des Präsidenten der Inter-Alliierten Hochkommission für das Rheinland, Paul Tirard, des Oberbefehlshaber-

<sup>46</sup> Peretti an Briand, 29. und 30. Juni 1925, FMAE Z/RGR/1521; Crewe an MacDonald, 22. 10. 1924, FO 371/10546.

<sup>47</sup> Van Zuylen-Memo, 30. 8. 1924, Belgisches Außenministerium Brüssel (künftig zit.: BMAE), Classement B (künftig zit.: B), Akte 350.

<sup>48</sup> Tirard an Herriot, 6. 10. 1923, FMAE B/156.



bers der französischen Rheinarmee, General Louis Guillaumat, und der französischen Presse; sie alle waren bis dahin ohne jede Kenntnis geblieben. Auf Grund solcher Anfragen begannen dann Beamte des Quai d'Orsay die Akten zu studieren, dazu das deutsche Weißbuch. Sie faßten das Ergebnis ihrer Bemühungen in einem etwas wirren und Unsicherheit verratenden Memorandum an Briand zusammen, der eben in Paul Painlevés Kabinett das Außenministerium übernommen hatte. Eines machte das Memorandum indes klar: Die Akten der französischen Delegation auf der Londoner Konferenz enthielten keine Aufzeichnung, welcher Art auch immer, zu einer am 16. August 1924 getroffenen Vereinbarung über die drei Städte, und MacDonalds Schreiben an Herriot war unauffindbar; andererseits schien die Überzeugung der Deutschen, daß eine französische Verpflichtung existiere, aufrichtig zu sein<sup>49</sup>. Briand hat darauf, wie gewöhnlich, nicht geantwortet.

Angesichts des Regierungswechsels in Frankreich bat Stresemann Mitte Juni 1925 um die Bestätigung, daß das Ruhrgebiet und außerdem die drei Städte bis zum 16. August geräumt würden; er bemerkte dabei, daß die Reparationskommission Deutschland die Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen bescheinigt habe und die französischen Besatzungstruppen noch keinen Räumungsbefehl erhalten hätten. Der deutsche Botschafter in Paris, Leopold v. Hoesch, trug dies am 22. Juni Briand vor, der bekräftigte, daß die Ruhr nach dem vereinbarten Plan geräumt werde und man die Sache in der Hand habe; was die drei Städte betreffe, so habe er, Briand, der sich ihrer Räumung persönlich nicht widersetzen würde, die ihm aus dem deutschen Weißbuch bekannten Dokumente nie gesehen, da sie sich nicht in den französischen Akten befänden. Stresemann sei jedenfalls zu der Erklärung ermächtigt, daß Frankreich die von der abgelösten Regierung eingegangenen Verpflichtungen erfüllen werde<sup>50</sup>. Das ließ freilich die Frage offen, wie diese Verpflichtungen nun eigentlich aussahen.

Nachdem am folgenden Tag das französische Kabinett getagt hatte, wurde in einem amtlichen Communiqué die bevorstehende Räumung des Ruhrgebiets bekanntgegeben, jedoch kein Wort über die drei Städte gesagt. Inoffizielle Mitteilungen lauteten unterschiedlich: teils übergingen sie die Frage ebenfalls mit Schweigen, teils besagten sie, daß die drei Städte zusammen mit dem Ruhrgebiet geräumt würden, teils behaupteten sie eine Verbindung mit der Kölner Zone, für deren Räumung noch kein Datum festgesetzt worden war, da erst die Lösung bestimmter Abrüstungspro-

<sup>49</sup> Botschafter-Konferenz (Cambon) an Briand, 18. 5. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>50</sup> Stresemann an Hoesch, 19. 6. 1925, Hoesch an AA, 22. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 438 ff. Merkwürdigerweise hat Painlevé, der sowohl Kriegsminister wie Ministerpräsident war, am 22. Juni, also am Tage von Hoeschs Unterredung mit Briand, Guillaumat die Weisung erteilt, entsprechend der im August 1924 in London übernommenen Verpflichtungen die vollständige Räumung der Ruhr und der drei Städte bis zum 16. August durchzuführen (Painlevé an Guillaumat, 22. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152). Da Herriot sowohl Ministerpräsident wie Außenminister gewesen war, ist es möglich, daß sich die fehlenden Dokumente im Büro des Ministerpräsidenten befanden. Der Quai d'Orsay erhielt eine Kopie der Weisung Painlevés; sollte dies zu Nachfragen geführt haben, so haben diese keine Spuren hinterlassen. Die Akten des Quai d'Orsay bestehen überwiegend aus Telegrammen und enthalten nur wenige interne Aufzeichnungen.



bleme abgewartet werden müsse. Unter diesen Umständen glaubte sich die Wilhelmstraße zu erneuter Aktivität genötigt, und zwar wollte man zunächst in London und Brüssel vorstellig werden, um von den dortigen Regierungen klare Zusicherungen zu erhalten; danach sollten Briten und Belgier Frankreich zum Handeln zwingen. Aber Hoesch entschloß sich, nicht länger zu warten<sup>51</sup>.

Der Quai d'Orsay kam dem deutschen Botschafter indes zuvor. Peretti hatte in Madrid bereits ein Telegramm erhalten, in dem er gefragt wurde, ob der deutsche Anspruch begründet sei; er solle eine „genaue Wiedergabe“ der Londoner Verhandlungen über die drei Städte liefern. Dem französischen Botschafter in Berlin, Pierre de Margerie, wurde gesagt, daß die Ruhr plangemäß geräumt werde, trotz deutsch inspirierter Zwischenfälle, deutscher Obstruktion und deutscher Verschleppung der Handelsgespräche; wenn er jedoch auf die drei Städte angesprochen werde, habe er sich auf Mangel an Instruktionen zu berufen. Ein Entwurf dieses Telegramms an de Margerie enthielt eine Passage, die nicht nach Berlin übermittelt wurde. Sie verriet Verwirrung und Ratlosigkeit, vermerkte das Fehlen von Information und Dokumentation in den französischen Akten und deutete an, daß sich in der Frage der drei Städte nur MacDonald offiziell festgelegt habe. Jedoch sei dem deutschen Weißbuch nicht widersprochen worden und daher befinde sich Frankreich „in einer schwierigen Situation“. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung sei ein schriftlicher Beweis für die französische Verpflichtung erforderlich, bevor die Räumung stattfinden könne<sup>52</sup>. Hier lag in der Tat das Problem.

Als Hoesch am 25. Juni im französischen Außenministerium erschien, unterrichtete ihn Philippe Berthelot offen über das Fehlen dokumentarischer Unterlagen und über das Telegramm an Peretti; er setzte hinzu, daß eine Anfrage bei Herriot erwogen werde und daß eine Bestätigung des deutschen Anspruchs eine Verpflichtung darstellen würde, die dann von der derzeitigen Regierung in Rechnung gestellt werden müsse. Hoesch argumentierte, daß es, von der Verpflichtung abgesehen, ohnehin keine Entschuldigung dafür gebe, eine Sanktion aufrechtzuerhalten, deren Grund längst nicht mehr existiere<sup>53</sup>. Berthelot wies, von Hoeschs Argument nicht sonderlich beeindruckt, darauf hin, daß Briand ohne Bestätigung des deutschen Anspruchs jedenfalls vor einer schwierigeren Aufgabe stünde und dann nach einer neuen Taktik suchen müsse, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Vielleicht hatte er das größere Problem der angelaufenen Locarno-Verhandlungen im Auge, als er für Geduld plädierte und für das Vermeiden einer Pressekampagne, die alles nur schwieriger machen würde<sup>54</sup>. Die Berichte, die in Berlin aus London und Brüssel einliefen, waren ebenfalls unbefriedigend. Der neue belgische Außenminister, Emile Vandervelde, konsultierte die französische Regierung. In London zeigte zwar das Foreign Office eine feste und kla-

<sup>51</sup> Hoesch an AA, 23. 6. 1925, AA an Keller, 24. 6. 1925, AA an Hoesch, 24. 6. 1925, Hoesch an AA, 25. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124411, E 124446 ff., E 124453 f.

<sup>52</sup> Briand an Peretti, 24. 6. 1925, Briand an Margerie, 24. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>53</sup> Dies war recht oberflächlich, da der Stand der deutschen Abrüstung, einer der für die Besetzung genannten Gründe, noch immer umstritten war.

<sup>54</sup> Hoesch an AA, 25. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124453 f.

re Haltung, aber sein Chef, Austen Chamberlain, lehnte es ab, in Paris Druck auszuüben, da dies nur den gegenteiligen Effekt haben würde; Briand, so meinte Chamberlain ferner, müsse behutsam vorgehen, weil ihm sonst die öffentliche Meinung in Frankreich Schwierigkeiten machen werde<sup>55</sup>.

Während nun die deutsche Presse den Fall tatsächlich aufgriff und die Regierung in Berlin, alle Mahnungen zur Geduld ignorierend, Hoesch anwies, weitere dringliche Vorstellungen zu erheben<sup>56</sup>, mühten sich die Beamten des Quai d'Orsay um eine definitive Klärung der Fakten. Die Situation war extrem verwirrt, wie ein prominenter Abgeordneter knurrte; Tirard wünschte eine rasche Entscheidung und machte darauf aufmerksam, daß es schwierig werde, die Truppen bei Düsseldorf neu zu gruppieren; die belgische Regierung wurde um Kooperation bei der Räumung des Ruhrgebiets gebeten, ohne daß dabei die drei Städte erwähnt worden wären; der belgische Botschafter in Paris bat wiederum Frankreich um gemeinsames Handeln bei „cette chicane“, wie er das nannte, und erklärte dabei, daß es um ein inter-alliiertes Problem gehe und daß Frankreich leicht eine Lage schaffen könne, die der Regierung die Räumung unmöglich mache; Painlevé schließlich ordnete vorbereitende Maßnahmen für die Räumung sowohl des Ruhrgebiets wie der drei Städte an<sup>57</sup>. Zu letzterem bemerkte Briand, das Kabinett habe die Frage noch nicht entschieden, sondern ihr weiteres Studium beschlossen; daher sollten die militärischen Befehle bis zu einer Entscheidung geheim gehalten werden<sup>58</sup>.

Inzwischen berichtete Peretti aus Madrid, daß die Konzession in London tatsächlich gemacht worden sei, er sich aber nicht an sämtliche Details erinnern könne, zumal er nicht an allen Besprechungen über das Thema teilgenommen habe. Er schlug vor, Herriot oder dessen Kabinettschef Gaston Bergery zu konsultieren. Briand akzeptierte den Vorschlag, bedachte aber den unglückseligen Peretti mit herbem Tadel und verlangte sowohl Präzision wie Details<sup>59</sup>. Dem folgte ein Strom von Telegrammen zwischen Madrid und Paris, wo ebenfalls Gedächtnisse erforscht und Akten durchstöbert wurden. Dieser Prozeß produzierte mehr Hitze als Licht. Niemand gab zu, die Dokumente verloren zu haben oder sich an sie und die Vorgänge vom 16. August so recht erinnern zu können. Die Erschöpfung, die an jenem Tag viele heimgesucht hatte, und der Urlaub, in den etliche Teilnehmer der Londoner Konferenz anschließend abgereist waren, verschlimmerten noch die allgemeine Verwirrung<sup>60</sup>.

Nach einer Demarche, die der deutsche Gesandte am 25. Juni unternahm, begann

<sup>55</sup> Vandervelde an de Gaiffier, 25. 6. 1925, BMAE B-350; Scharner an AA, 25. 6. 1925, Keller an AA, 25. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124450ff.

<sup>56</sup> Schubert an Hoesch, 26. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124455 f.; Aufzeichnung Laroche, 25. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>57</sup> Louis Marin an Briand, 25. 6. 1925, Aufzeichnung Rirard, 24. 6. 1925, Briand an Herbette, 26. 6. 1925, de Gaiffier demarche, o.D. (25. oder 26. 6. 1925), Painlevé an Briand, 26. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>58</sup> Briand an Painlevé, 26. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>59</sup> Peretti an Briand, 25. 6. 1925, Briand an Peretti, 28. 6. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>60</sup> FMAE Z/RGR/152.

auch die belgische Regierung in ihren Akten zu suchen und ihre Beamten zu befragen. Marx' Memorandum vom 16. August blieb spurlos verschwunden, doch fand sich MacDonalds Schreiben vom 19. August. Aus diesem Schriftstück, das vor der Konzession entworfen, aber erst nach ihr abgesandt worden war, konnte freilich die Implikation herausgelesen werden, es sei gar keine Verpflichtung eingegangen worden. Daneben gab es nur noch Theunis' eilige Notizen über das Treffen vom 16. August, in denen die drei Städte nicht erwähnt waren. Die Erinnerung der Konferenzteilnehmer erwies sich in Belgien als ebenso lückenhaft wie in Frankreich, und zwar aus ganz ähnlichen Gründen: Ein neues Kabinett war gebildet worden; wichtige Beamte hatten andere Posten angetreten; der 16. August war in London ein langer und hektischer Tag gewesen, an dem Minister mehrfach ohne Beamte inoffiziell konferiert und trotz der Bedeutung ihrer Gespräche nicht für Aufzeichnungen gesorgt hatten; von Theunis und Hymans abgesehen, die sich beide nicht in Brüssel befanden, hatte außerdem kein Belgier an den Besprechungen teilgenommen, um die es eigentlich ging. Aus dem Hin und Her ergab sich am Ende lediglich der Beschluß, daß Vandervelde bei einem in Kürze fälligen Besuch in Paris die Angelegenheit mit Briand erörtern werde, wenn auch die belgischen Politiker privat der Räumung zuneigten. Wie ihre französischen Kollegen machten sie gegenüber den deutschen Diplomaten in Brüssel kein Hehl aus der mißlichen Lage, in der sie sich sahen. Ob die Deutschen ihnen glaubten, ist allerdings eine andere Frage<sup>61</sup>.

Indessen gab das belgische Außenministerium, in einer Antwort auf französische Erkundigungen, zu verstehen, daß Vandervelde die Räumung vorziehe, und nach seiner Rückkehr konnte endlich auch Hymans befragt werden. Er erinnerte sich daran, daß die Deutschen in London eine Demarche unternommen hatten, und er war sicher, daß Theunis über die Angelegenheit gesprochen hatte, glaubte aber, eine Verpflichtung sei nicht eingegangen worden. Vandervelde zog daraus den Schluß, daß die Frage praktisch noch offen sei. Dennoch brachte er das Thema im belgischen Kabinett zur Sprache, wo man der Ansicht war, daß das Problem, trotz der Attraktivität eines belgischen Brückenkopfs in Deutschland, von sekundärer Bedeutung sei und Belgien einfach dem französischen Kurs folgen solle. Allerdings scheint diese Haltung von der Kenntnis beeinflußt gewesen zu sein, daß Marschall Ferdinand Foch einer Räumung abgeneigt war. Vandervelde blieb zur Aufgabe Duisburgs bereit, war aber ebenso willens, die Entscheidung der mächtigeren Alliierten zu akzeptieren, wobei er unterstellte, daß die Alliierten noch das Recht hätten, sich so oder so zu entscheiden<sup>62</sup>.

Bald erreichte die Situation jenes Stadium, auf das die Wendung „am dunkelsten ist's vor der Morgendämmerung“ paßt. Perettis Gedächtnis besserte sich nicht, und seine Vorschläge, wo nach den vermißten Dokumenten gesucht werden könnte, führten zu nichts. Hymans äußerte sich zu der Frage, ob es eine Verpflichtung zur Räumung gebe, weiterhin vage und zweifelnd, während der französische Botschafter in

<sup>61</sup> Van Zuylen, 26. 6. 1925, Notizen Rolin Cab/213/2, 26. und 30. 6. 1925, BMAE B-350.

<sup>62</sup> Herbettes an Briand, 27. 6. 1925 (tatsächlich 30. 6. oder 1. 7.), FMAE Z/RGR/152.

Brüssel, Maurice Herbette, sich nun daran erinnerte, daß ihm Theunis nach der Rückkehr von London erzählt habe, hinsichtlich der drei Städte seien keine Zusagen gemacht worden. Theunis selbst hielt sich nach wie vor außerhalb des Landes auf und konnte nicht befragt werden. Einige französische und belgische – selbst ein paar deutsche – Beamte nahmen an, MacDonalds Schreiben vom 19. August, das auf die Räumung der drei Städte drängte, deute darauf hin, daß am 16. August keine Verpflichtung übernommen worden sei. In Paris verhielt sich Briand dilatorisch und ließ Berlin wissen, daß die Räumung wesentlich leichter fiele, wenn Deutschland die alliierten Abrüstungsbedingungen erfüllen würde. Nachfragen beim Büro des Marschalls Foch blieben ohne Ergebnis, ebenso eine erneute Prüfung des Dossiers, das nach der Londoner Konferenz für Debatten in der Kammer zusammengestellt und dem Quai d'Orsay erst vor kurzem – als sich das Problem wieder bemerkbar gemacht hatte – zugeleitet worden war<sup>63</sup>.

Aber schließlich brach die Morgendämmerung doch an. Die Peinlichkeit der Situation zwang Briand, seinen Stolz hinunterzuschlucken und bei Herriot nachzufragen. Was Herriot in der privaten Unterhaltung sagte, ist nicht klar, aber Briand zog jedenfalls den Schluß, daß eine mündliche Räumungszusage gegeben worden war<sup>64</sup>. In seiner Antwort auf eine formellere Erkundigung eines Beamten des Quai d'Orsay bediente sich Herriot einer ganz uncharakteristisch vorsichtigen Sprache, stellte jedoch die Authentizität der Dokumente im deutschen Weißbuch nicht in Frage. Er räumte ferner ein, in London erklärt zu haben, daß der „bereit“ sei, die drei Städte gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet zu räumen. All das ergab etwas Schwächeres als eine formelle Verpflichtung. Im übrigen zeigte sich Herriot sehr hilfsbereit. Er bot an, seine persönlichen Papiere und Aufzeichnungen – amtliche Dokumente habe er keine – von Lyon nach Paris zu bringen und dort durchsehen zu lassen. Jedoch behielt er sich seine definitive Position vor, bis er Gelegenheit gehabt habe, seine privaten Notizen von der Londoner Konferenz, jetzt in Lyon aufbewahrt, zu studieren<sup>65</sup>.

Außerdem – und das war von gleicher Bedeutung – provozierten die kritischen französischen Bemerkungen zur Abrüstungsfrage nicht allein energischen deutschen Widerspruch – zwischen der Abrüstung und der Räumung der drei Städte bestehe nicht der geringste Zusammenhang –, sondern auch eine lange Schilderung der Vorgänge vom 16. August, die Schubert dem französischen Botschafter in Berlin gab. Schubert erläuterte das Material im deutschen Weißbuch, klärte de Margerie darüber auf, wie es zu MacDonalds verspätetem Brief gekommen war, und setzte hinzu, das Marx-Memorandum und sein eigener Vermerk seien von der französischen Delega-

<sup>63</sup> Peretti an Briand, 4. und 6. 7. 1925, Herbette an Briand, 4. 7. 1925, Briand an Margerie, 3. 7. 1925, Briand an Peretti, 3. 7. 1925, Notiz Laroche, 4. 7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Keller an AA, 30. 6. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124457 f.

<sup>64</sup> Briand an Herbette, 4. 7. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>65</sup> Erklärung Herriot, o. D. (6. 7. 1925), Herriot an Leger, 25. 7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Hoesch an AA, 6. 7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 485 ff. Herriots Erklärung, seine Papiere enthielten keine amtlichen Dokumente, war nur eine Überleitung. Sicherlich enthielten sie nichts, was zur Lösung des Problems hätte beitragen können.

tion deshalb nicht schriftlich bestätigt worden, weil beide erst spät in der Nacht Peretti zugestellt worden seien, der sich bereits zurückgezogen gehabt habe, und die deutsche Delegation schon früh am nächsten Morgen London verlassen habe<sup>66</sup>. Schuberts Bericht über sein Gespräch mit de Margerie ging an die diplomatischen Vertreter Deutschlands in Paris, London und Brüssel, begleitet von der Weisung, den Bericht zu entsprechenden Vorstellungen zu benutzen<sup>67</sup>.

Dieser Schritt brachte nicht nur die Briten in Bewegung, sondern half auch dem Gedächtnis von Hymans und Peretti auf die Sprünge. Beide erklärten alsbald, daß die deutsche Darstellung im wesentlichen korrekt sei. Außerdem entdeckte Herbette in seinen Akten ein Telegramm des Quai d'Orsay von Ende August 1924, in dem das Marx-Memorandum zitiert war, und die fortgesetzte französische Suche nach weiteren Zeugen förderte General Joseph Georges zutage, der als militärischer Experte an dem Treffen vom 16. August 1924 zeitweise teilgenommen hatte und nun die deutsche Wiedergabe auch im Detail bestätigte. Die Fülle der Zeugnisse bewirkte einen spürbaren Wandel der französischen Haltung, den auch eine verspätete Mitteilung Herriots nicht mehr bremsen konnte, der am 25. Juli aus der Mairie von Lyon nach Paris berichtete, er habe jetzt seine Aufzeichnungen durchgesehen und darin nichts gefunden, was Frankreich binde<sup>68</sup>.

Noch während des Klärungsprozesses, am 8. Juli, hatte Vandervelde mit Briand gesprochen. Nach einer Erörterung des anstehenden Sicherheitspakts kam Briand auf die Städte zu sprechen und gab dabei zu verstehen, daß er, falls Briten und Belgier zustimmten, zur Räumung bereit sei. Er wolle sich nur den Zeitpunkt vorbehalten, vornehmlich aus politischen Gründen, und ein erneutes deutsches Versprechen zur Erfüllung der bestehenden Abrüstungsverpflichtungen bekommen, ohne dabei jedoch auf sofortige Einlösung des Versprechens zu bestehen. Er habe noch immer keine Gewißheit, wie fest Herriots Zusage tatsächlich gewesen sei und ob sie nicht von der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen Deutschlands abhängen, doch sei er nicht gewillt, von einer gemachten Zusage wieder abzurücken, wie bedingt oder zweideutig sie auch sein möge, und er hoffe, daß eine Konzession hinsichtlich der drei Städte die Verhandlungen über den Sicherheitspakt fördern werde<sup>69</sup>.

Nach Brüssel zurückgekehrt, las Vandervelde den Schubert-Bericht über die Ereignisse des 16. August 1924, der während seiner Abwesenheit dem belgischen Außenmi-

<sup>66</sup> Schubert-Memo, 4.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 459 ff.; Margerie an Briand, 4.7. 1925, Quai d'Orsay-Aufzeichnung, 6.7. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>67</sup> Schubert an Keller (RM 1574), Hoesch (RN 1639), Sthamer (RM 1524), 4.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124465 ff.

<sup>68</sup> Peretti an Briand, 6.7. 1925, Aufzeichnung Massigli, 9.7. 1925, Herriot an Leger, 25.7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Aufzeichnung Hymans 3.7. 1925, Hymans/157; de Gaiffier an Vandervelde, 10.7. 1925, BMAE B-350.

<sup>69</sup> *Compte rendu*, Briand-Vandervelde-Treffen, 8.7. 1925, Aufzeichnung Vandervelde, 10.7. 1925, BMAE B-350. Die französische Antwort (praktisch eine Reaktion der Alliierten) auf das deutsche Angebot eines Rheinpakts war noch nicht erfolgt. Durch französische und belgische Kabinettskrisen, ferner durch die Notwendigkeit der Abstimmung zwischen den vier alliierten Mächten erheblich verzögert, wurde sie schließlich am 16.7. 1925 in Berlin überreicht.



nisterium zugeleitet worden war, Theunis und Hymans vor, die beide seine Richtigkeit bestätigten und keine Einwände gegen die Räumung erhoben. Daraufhin sprach sich das belgische Kabinett einstimmig dafür aus, die eingegangene Verpflichtung sofort zu erfüllen und gleichzeitig Deutschland um eine Bekräftigung der Beteuerungen seines guten Willens in der Abrüstungsfrage zu bitten. Als Vandervelde diesen belgischen Beschluß am 15. August 1925 Briand mitteilte, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Aktion der Alliierten die Beziehungen verbessern und den Abschluß wichtiger Verträge erleichtern werde; damit meinte er wohl nicht allein den Sicherheitspakt, sondern auch dringend erforderliche Handelsabkommen<sup>70</sup>.

Die formelle belgische Zustimmung bedeutete praktisch die Erledigung des Falles, doch hatte sich Briand noch nicht entschieden, wann er „Ja“ sagen wollte, weshalb ihn die Briten, seit einer Woche wieder an der Sache beteiligt, weiterhin unter Druck setzten. Die deutschen Vorstellungen hatten das Foreign Office, kurz vor Vanderveldes Besuch in Paris, veranlaßt, die Akten durchzusehen, die auch für den August 1924 komplett waren. Die Beamten des Foreign Office werteten die französisch-belgischen Erklärungen über das Fehlen bestimmter Dokumente als Beweis bösen Willens und der Absicht, die Räumung zu verweigern. Gleichwohl – und obschon sie entschieden für die Räumung waren – zögerten die Briten zunächst, die Angelegenheit in Paris zur Sprache zu bringen. Als jedoch das deutsche Drängen stärker wurde, erwähnte Chamberlain die Frage am 7. Juli in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter, wobei er milde und taktvoll die Hoffnung äußerte, daß Frankreich die drei Städte räumen werde<sup>71</sup>.

Während deutsche Vertreter fortfuhren, sowohl das Foreign Office wie D'Abernon mit Memoranden zu bombardieren, erinnerte Briand das französische Kriegsministerium erneut zweimal daran, daß die Räumungsfrage noch nicht entschieden sei<sup>72</sup>. Um die Dinge zu beschleunigen, beklagte sich Schubert lebhaft über britische Passivität und drohte mit einer Pressekampagne. Seine Vorstellungen bewogen D'Abernon dazu, Chamberlain zu sagen, daß der Sicherheitspakt ohne Räumung der drei Städte nicht zustande kommen werde; er deutete sogar an, daß das Überleben der deutschen Regierung auf dem Spiel stehe<sup>73</sup>. Das zeitigte den gewünschten Erfolg. Chamberlain wies Lord Crewe in Paris an, bei passender Gelegenheit zu erwähnen, wie schädlich sich eine Unterlassung der Räumung auf die öffentliche Meinung in Großbritannien

<sup>70</sup> Keller an AA, 9.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124515 f.; Aufzeichnung Rolin, 8.7. 1925, Vandervelde an Theunis und Hymans, 10.7. 1925, BMAE B-350; Herbette an Briand, 11.7. 1925, Vandervelde an Briand, 15.7. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>71</sup> Grahame an Chamberlain, 6.7. 1925, Chamberlain an Crewe, 7.7. 1925, FO 371/10755; Sthamer an AA, 7.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124501 f.; Fleuriau an Briand, 9.7. 1925, FMAE Z/RGR/152.

<sup>72</sup> Schubert-Memo, 8.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124498; Sthamer an Chamberlain, 9.7. 1925, FO 371/10755; Briand an Guerre, o. D. (9.7. 1925), FMAE Z/RGR/152.

<sup>73</sup> Schubert-Memos, 9. und 10.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124509 ff., E 124513 f.; D'Abernon an Chamberlain, 11. und 14.7. 1925, Austen Chamberlain Papers, Birmingham University Library.

und Deutschland auswirken werde. Briand war nicht in Paris, nachdem aber Crewe vom belgischen Botschafter gehört hatte, was während Vanderveldes Besuch geschehen war, berichtete er nach London, daß Briand zur Räumung bereit sei, jedoch noch eine positive deutsche Erklärung in der Abrüstungsfrage haben wolle, um die französische Rechte zufriedenzustellen, die während der Haushaltsdebatte gerade bedrohlich geworden sei. Unter diesen Umständen entschied sich Chamberlain gegen offizielle Schritte in Paris<sup>74</sup>.

In Wahrheit hatte Briand bereits den Entschluß gefaßt, die Sache zu Ende zu bringen. Obwohl der für Peretti bestimmte Vermerk Schuberts vom 16. August 1924 noch immer nicht gefunden worden war und Herriot nach wie vor zu keiner eindeutigen Aussage über die Art der in London gemachten Zusage gebracht werden konnte, war Briand nun davon überzeugt, daß ein Versprechen existiere und honoriert werden müsse. Er wußte auch, welche Wirkung das Verbleiben in den drei Städten haben würde, zumal ihn die Briten oft daran erinnerten. Ferner fand er, daß von den drei Gründen für die Besetzung der eine, nämlich die Reparationsfrage, geregelt sei, der zweite, das Kriegsverbrecherproblem, gar nicht mehr auf der Tagesordnung stehe und beim dritten, der anfechtbaren deutschen Haltung in Sachen Abrüstung, die fortwauernde Okkupation der Kölner Zone eine ausreichende Strafe darstelle. Am wichtigsten war natürlich die Überlegung, daß die Räumung Düsseldorfs den Abschluß des Sicherheitspakts beschleunigen werde<sup>75</sup>.

So erhielt de Margerie am 17. Juli 1925 die Weisung, Stresemann vertraulich über die gefallene Entscheidung zu unterrichten und dabei die Erwartung auszudrücken, daß die seit längerem erwartete deutsche Antwort auf eine alliierte Note zur Abrüstungsfrage und zur Kölner Zone für Frankreich befriedigend sein werde. Der französische Botschafter fügte hinzu, Briand müsse noch, da die Besetzung der drei Städte auf einem inter-alliierten Beschluß basiere, Frankreichs Verbündete konsultieren, rechne aber damit, deren Zustimmung in wenigen Tagen unter Dach und Fach zu haben. Diese Erwartung, die berechtigt schien, da niemand gegen die Räumung war, erwies sich freilich als unbegründet. Alles dauerte länger, als man angenommen hatte. Es gehört schließlich zum Wesen der Diplomatie, daß sie, außer in Notfällen, Zeit braucht. Hier kam hinzu, daß Sommer war und sowohl Minister wie wichtige Beamte sich nicht in den Hauptstädten, sondern in Urlaubsorten aufhielten. Auch hatte man es in der deutschen Frage mit mehreren alliierten Staaten zu tun, also mit etlichen schwerfälligen Bürokratien, mit etlichen öffentlichen Meinungen, die beruhigt werden mußten, und mit etlichen Kabinetten, die zuzustimmen hatten. Am Ende, als Briten, Franzosen und Belgier gleichen Tritt gefaßt hatten, kam man darauf, daß Italien und Japan an der Entscheidung für die Besetzung beteiligt gewesen waren, folglich jetzt auch ihr Einverständnis mit der Räumung einzuholen war. Natürlich handelte es

<sup>74</sup> Chamberlain an Crewe, 14.7. 1925, Crewe an Chamberlain, 15.7. 1925, Robert Crewe-Milne Papers, Cambridge University Library.

<sup>75</sup> Gaiffier an Vandervelde, 17. und 18.7. 1925, BMAE B-350; Briand an Fleuriau, 18.7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Briand an Herbette 20.7. 1925, FMAE Z/Grande-Bretagne/79.

sich dabei nur um eine Formalität, doch sind gerade Formalitäten, wie auch in diesem Fall, zeitraubend<sup>76</sup>.

Das Auswärtige Amt in der Berliner Wilhelmstraße war über den Inhalt der Botschaft de Margeries erfreut, weniger aber über den inoffiziellen Charakter seiner Mitteilungen. Ein formeller Beschluß der Alliierten schien für die Reichstagsdebatte über den Sicherheitspakt, die am 20. Juli beginnen sollte, dringend gebraucht zu werden. Hier griff D'Abernon hilfreich ein. Wie gewöhnlich beriet er die Wilhelmstraße, deren Politik er stärker beeinflusste als viele der dort tätigen Beamten; auch stimmte er seine Telegramme an das Foreign Office mit Schubert ab. D'Abernon schlug zunächst eine Erklärung zur Abrüstungsfrage vor, um damit Briand den Weg zu ebnen. Schubert zögerte, und zwar aus mehreren Gründen. Die Räumungszusage war in London ohne quid pro quo gemacht worden, und da jetzt die Räumung gesichert war, sah Schubert erst recht keinen Grund, für sie doch noch einen Preis zu zahlen. Im übrigen bestritt ja die deutsche Regierung, trotz der historischen Zusammenhänge, beharrlich jede Verbindung zwischen dem Problem der drei Städte und der Abrüstungsfrage. Die Forderung, zu letzterer Erklärungen abzugeben, stieß in Berlin allerdings auch deshalb auf heftige Abneigung, weil man nicht daran dachte, die bestehenden Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen<sup>77</sup>.

Am 18. Juli veröffentlichte jedoch die Nachrichtenagentur Havas ein inoffizielles Kommuniqué, in dem Pressemeldungen über die bevorstehende Räumung der drei Städte als „zumindest verfrüht“ bezeichnet wurden<sup>78</sup>. Dies rief in Berlin doch soviel Besorgnis hervor, daß Stresemann den deutschen Botschafter in Paris autorisierte, Briand zu erklären, Deutschland habe nun eine spezielle Einrichtung ins Leben gerufen, die zusammen mit der Inter-Alliierten Militärkontrollkommission Abrüstungsprobleme regeln solle. Das versprach gar nichts und war weit weniger, als Briand verlangt hatte, erfüllte aber wenigstens zum Teil seinen Zweck. Briand ermächtigte Stresemann, im Reichstag zu sagen, die deutsche Regierung habe die Gewißheit, daß die drei Städte „bald“ geräumt würden. Zwar brachte Briand erneut zum Ausdruck, daß er eine Frankreich zufriedenstellende deutsche Erklärung zur Abrüstungsfrage erwarte, doch machte er das nicht zur Bedingung<sup>79</sup>.

Stresemann erwähnte die baldige Räumung der drei Städte am 22. Juli 1925, und seine Reichstagsrede enthielt auch einige Sätze über Deutschlands guten Willen hinsichtlich der Abrüstung, die ebenfalls mit Briand abgesprochen waren. Am folgenden Tag beklagte sich Schubert bei D'Abernon über die Unbestimmtheit der von Briand formulierten französischen Verpflichtung, die Stresemann gezwungen habe, im Reichstag das Wort „bald“ zu benutzen. Die so lange geforderte präzise offizielle Er-

<sup>76</sup> Briand an Margerie, 17. 7. 1925, Marin an Briand, 18. 7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Chamberlain an Fleuriau, 22. 7. 1925, FO 371/10755.

<sup>77</sup> Margerie an Briand, 18. 7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Schubert an Luther, Schubert-Memo, 18. und 19. 7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124536 f., E 124546 ff.

<sup>78</sup> Hoesch an AA, 18. 7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124527 f.

<sup>79</sup> Schubert an Hoesch, 18. 7. 1925, Stresemann an Hoesch, 20. 7. 1925, Hoesch an Stresemann, 27. 7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124560 ff.

klärung der Alliierten bezeichnete er jedoch jetzt wegwerfend als wertlos; was nun gebraucht werde, sei ein sofortiger Räumungsbefehl an die alliierten Streitkräfte<sup>80</sup>. Dies sollte freilich nicht sein. Bis zum 27. Juli hatten zwar alle alliierten Mächte der Räumung formell zugestimmt, zugleich hatte aber der Quai d'Orsay den ersten von zwei Briefen Herriots erhalten, der in beiden betonte, daß hinsichtlich der drei Städte keine schriftliche Verpflichtung existiere, und der sogar implizierte – wenn auch nicht ausdrücklich sagte –, daß es eigentlich gar keine Räumungszusage gebe. Briand durchschaute dieses Manöver als innenpolitische Intrige, glaubte indes angesichts der heiklen politischen Lage vorsichtig verfahren zu müssen, zumal Foch aus mehreren Gründen auf ein Hinauszögern der Räumung drängte, und so verschob er eine Sitzung der Botschafterkonferenz, die zur Erörterung der Angelegenheit für den 29. Juli anberaumt gewesen war. Da die französische Armee darauf bestand, für die Räumung Düsseldorfs drei Wochen zu brauchen, wurde es immer unwahrscheinlicher, daß der auf der Londoner Konferenz festgesetzte Räumungstermin, der 16. August, eingehalten werden konnte<sup>81</sup>.

Die deutsche Regierung nutzte jeden erreichbaren Kanal, um den alliierten Entscheidungsprozeß zu beschleunigen<sup>82</sup>, trotzdem befaßte sich die Botschafterkonferenz – vornehmlich auf Grund der Besorgnis Briands um sein politisches Überleben – erst am 5. August mit der Frage, als sie den Inter-Alliierten Militärausschuß in Versailles ersuchte, den Militärbehörden in den drei Städten die Räumungsbefehle zu erteilen. Die seit langem anstehenden Befehle gingen auch sofort hinaus, aber die französische Armee forderte nach wie vor drei Wochen für die Bewältigung der Aufgabe, zumal zahlreiche Funktionen erst wieder in die Hände der deutschen Verwaltung zurückgegeben werden mußten<sup>83</sup>. Der französische Botschafter in Berlin teilte Stresemann und Schubert auf Anweisung vertraulich mit, daß die Räumung befohlen werde, und äußerte die Hoffnung, daß die Frist von drei Wochen unterschritten werden könne. Die beiden Deutschen zeigten sich bitter enttäuscht von der Verzögerung über den 16. August hinaus, und Hoesch in Paris erhielt die Instruktion, das gleiche Gefühl an den Tag zu legen; zur Beschleunigung des Vorgangs wurde die Benutzung der Reichsbahn angeboten. Jedoch bereiteten nicht Transportfragen Schwierigkeiten,

<sup>80</sup> Schubert-Memo, 23.7. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124567 f.; Everts an Vanderveelde, 25.7. 1925, BMAE Correspondance politique: Allemagne/1925.

<sup>81</sup> Japanische Botschaft an Briand, 27.7. 1925, Herriot an Léger, 25. und 30.7. 1925, Léger an Herriot, 28.7. 1925, Foch an Briand, 31.7. 1925, Painlevé an Briand, 29.7. 1925, FMAE Z/RGR/152; Phipps an Chamberlain, 31.7. 1925, FO 371/10755. Berthelot teilte Phipps mit, die Räumungsbefehle seien am 31. Juli gegeben worden, doch war das offenbar ebenso unrichtig wie seine Erklärung, die Räumung werde am 16. August abgeschlossen sein.

<sup>82</sup> Z. B. Schubert-Memo, 1. 8. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124570 f.

<sup>83</sup> Compte rendu, Botschafter-Konferenz, 8. 8. 1925, BMAE B-350. Briand war über die innenpolitische Situation in Frankreich so besorgt, daß der französische Präsident der Botschafter-Konferenz Lord Crewe darum bat, die Räumung auf Grund der Londoner Verpflichtung Herriots vorzuschlagen. Da Crewe dazu nur dann bereit war, wenn er als Grundlage die französische Nachfrage vom 20. Juli nach den britischen Ansichten über die Beendigung der Besetzung benutzen konnte, warfen schließlich doch die Franzosen die Frage auf (Crewe an Chamberlain, 5. 8. 1925, FO 371/10755).

sondern organisatorische Probleme, die sich nach der zuvor eingetretenen Verschleppung naturgemäß besonders auswirkten. Hoesch war jedenfalls überzeugt davon, daß die Hindernisse tatsächlich existierten und nicht nur als Vorwand dienten<sup>84</sup>. Schließlich wurden die französischen Fahnen am Morgen des 25. August 1925 in Düsseldorf eingeholt, und die drei Städte kamen an diesem Tag wieder unter deutsche Kontrolle<sup>85</sup>.

Die Vertreter Deutschlands waren oder gaben sich unzufrieden mit den Ergebnissen ihrer Bemühungen. Nicht nur waren die drei Städte nicht exakt zu dem in London vereinbarten Termin geräumt worden, man hatte für sie und das Ruhrgebiet vor allem jene vorzeitige Räumung nicht erreicht, auf die man in Berlin mittlerweile ein Recht zu haben glaubte<sup>86</sup>. In Wahrheit hatte Deutschland sehr erfolgreich operiert. Stresemann dürfte das auch erkannt haben, als er mit seinem Programm fortfuhr, den Versailler Vertrag Stück um Stück zu demontieren. Obwohl deutsche Versäumnisse bei der Abrüstung zu den formalen Gründen für die Besetzung der drei Städte gehört hatten, war es dem deutschen Außenminister und Schubert gelungen, jede Verbindung zwischen dem Ende der Okkupation und Fortschritten in der Abrüstungsfrage zu vermeiden. Briand hatte das hingenommen, weil er meinte, eine Sanktion genüge zur Bestrafung der deutschen Sünden.

Darüber hinaus brachte es die deutsche Regierung fertig, einen Zusammenhang zwischen der Räumung der drei Städte und praktisch allen anderen wichtigen Fragen, die gerade anstanden, herzustellen, vor allem einen Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt, mit Verhandlungen über kommerzielle Abkommen und gelegentlich sogar mit der Frage, ob Deutschland weiterhin den Dawes-Plan erfüllen werde<sup>87</sup>. Kurzum, die Räumung der drei Städte wurde zu einer Bedingung für Fortschritte in allen Dingen – außer der deutschen Abrüstung –, die für Frankreich von Bedeutung waren. Briands Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Großbritannien und sein Interesse am Sicherheitspakt waren so groß, daß er eine Verpflichtung erfüllte, über deren Existenz und genauen Inhalt er, wie er in Ascona zu Luther sagte, keine volle Sicherheit gewonnen hatte. Auf Grund der Verzögerungen aber, die von der Launenhaftigkeit französischer und belgischer Aktenaufbewahrung verursacht wurden, ferner von den Manövern Herriots, erntete Briand keine Anerkennung für seine Haltung. Seine Belohnung bestand jedoch darin, daß die Räumung der drei Städte – und die des Ruhrgebiets – die Akzeptierung jener Vereinbarungen, die dann in den Locarno-Verträgen Gestalt gewannen, durch die öffentliche Meinung in

<sup>84</sup> Briand an Margerie, 5. 8. 1925, Seydoux an Berthelot, 8. 8. 1925, FMAE Z/RGR/152; Schubert-Memo, 6. 8. 1925, Stresemann an Hoesch, 7. 8. 1925, Hoesch an AA, 8. 8. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124573 f., E 124575, E 124576 f.

<sup>85</sup> Etat-major der französischen Rheinarmee an Quai d'Orsay, 25. 8. 1925, FMAE B-156. Ein kleines Detachement der Interalliierten Schiffahrtskommission, das schon seit dem Waffenstillstand in Duisburg stationiert war, blieb dort (Schubert an Keller – und Hoesch –, 25. 8. 1925, PA AA, T-120, 4508/2265/E 124 578).

<sup>86</sup> Schubert-Memo, 3. 11. 1925, PA AA, T-120, 4504/2261/E 122436 ff.

<sup>87</sup> Everts an Vandervelde, 25. 7. 1925, BMAE, Correspondance politique: Allemagne/1925.



Deutschland und die deutschen Politiker tatsächlich, wie er es erhofft hatte, erleichterte<sup>88</sup>.

So spielte eine vergleichsweise geringfügige Frage eine nicht unwichtige Rolle in einem größeren Zusammenhang, und das nicht zum ersten Mal. Die Besetzung selbst hatte zur Entstehung einer gefährlich irrigen Einschätzung beigetragen. Daß die Okkupation Düsseldorfs von Anfang an keinen Schwierigkeiten begegnet war und zu keinen Unruhen führte, daß die deutschen Beamten dort ohne weiteres mit den französischen Militärbehörden kooperierten, hatte Raymond Poincaré Ende 1922 zu der Annahme verleitet, die geplante Ruhrbesetzung werde ebenso friedlich verlaufen<sup>89</sup>. Obwohl er aber mit voller deutscher Zusammenarbeit an Ort und Stelle rechnete, hat er den Entschluß zum Einmarsch ins Ruhrgebiet doch erst nach langem Zögern und widerstrebend gefaßt<sup>90</sup>. Daraus kann, so spekulativ das sein mag, der Schluß gezogen werden, daß er Präsident Alexandre Millerand, der auf die Aktion drängte, wahrscheinlich nicht gefolgt wäre, hätte er massiveren passiven Widerstand vorhergesehen. Also ist die Geschichte der Besetzung der drei Städte nicht nur eine Illustration der Schwächen und Fehler der Mächtigen. Sie hatte vielmehr realen Anteil daran, sowohl den Weg zum Höhepunkt der deutsch-französischen Nachkriegskrise wie auch, so schien es damals, den Beginn ihrer Überwindung zu erleichtern.

<sup>88</sup> D'Abernon an Chamberlain, 7. 8. 1925; Chamberlain Papers 52/290.

<sup>89</sup> Comptes rendus, französisch-belgisches Treffen, 23. 11. 1922, FMAE B/138; Aufzeichnung Vignac über französische Besprechung, 24. 12. 1922, Nachlaß Alexandre Millerand, FMAE Papiers d'agents, Akte 24; de Gaiffier an Jaspard, 23. 12. 1922, BMAE B-10.071; de Gaiffier an Jaspard, 27. 12. 1922, BMAE Correspondance politique France: 1922.

<sup>90</sup> Zu Poincarés Zögern vor dem Einmarsch in das Ruhrgebiet vgl. S. Marks, France and the Ruhr Crisis 1923–1924, Referat auf der Jahressitzung der American Historical Association, Dezember 1984 in Chicago.